



Bettina Hagedorn
Mitglied des Deutschen Bundestages

Stark im Handeln – nah bei den Menschen!

**Bericht über meine Arbeit 2005-2008
als Bundestagsabgeordnete für Ostholstein und Nordstormarn**

Glaubwürdigkeit durch Transparenz:

Meine Aufgaben in Berlin

Transparenz durch Öffentlichkeitsarbeit

Meine Arbeit im Wahlkreis – nah bei den Menschen!

Erfolge bei Problemen in der Region – stark im Handeln!

Junge Menschen fördern





Unser schöner Wahlkreis – intakte Natur und Windkraft sind unser Markenzeichen.



Besuch bei der AG 60+ im Mai 2008.



„Nachtour“ im Klinikum Neustadt im August 2005.



2. Berliner Abend der deutschen Feuerwehren am 09. Oktober 2007.



Eröffnung des Mehrgenerationenhauses Kastanienhof im Juni 2008.



Mit den Aktiven von „Schüler Helfen Leben“ zum „Sozialen Tag“ 2007 in Berlin.



März 2008, 5. Ladies' Day in Berlin.



Schüler vom WIPO-Kurs der IGS aus Bad Oldesloe am 14. Juni 2008 beim Politik-Festival-„Berlin08“.



Bettina Hagedorn

Ihre Bundestagsabgeordnete für Ostholstein und Nordstormarn

www.bettina-hagedorn.de

Stark im Handeln – nah bei den Menschen!

Eutin, den 05.12.08

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

zum dritten Mal bewerbe ich mich bei Ihnen als Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Ostholstein/Nordstormarn. 2002 wurde ich mit viel „Rückenwind“ aus Berlin mit sagenhaften 48,5% der Erststimmen gewählt - 2005 konnten wir diesen Erfolg gegen den Bundestrend mit 44,6% der Erststimmen wieder für uns verbuchen. Auf diese Erfolge können wir gemeinsam aufbauen – sie und meine Arbeit für den Wahlkreis hier vor Ort und in Berlin bilden ein starkes Fundament, von dem aus wir selbstbewusst 2009 in einen starken Wahlkampf ziehen wollen. Ich will mir und meinem Politikstil treu bleiben: fair, fleißig, kompetent – „Stark im Handeln – und nah bei den Menschen!“

I. Meine Aufgabenschwerpunkte in Berlin

Seit 2005 haben sich meine Aufgabenschwerpunkte im Deutschen Bundestag gegenüber der ersten Wahlperiode geändert. Ich bin weiterhin Mitglied des Haushaltsausschusses – allerdings jetzt nicht mehr als Hauptberichterstatteerin für das Bundesfamilienministerium mit damals Renate Schmidt (SPD) an der Spitze, sondern für das Bundesinnenministerium mit Wolfgang Schäuble (CDU) – ein Wechsel, den man sich inhaltlich und personell kaum gegensätzlicher vorstellen kann. Ich bin jetzt verantwortlich für so verschiedene Themenbereiche wie den Katastrophenschutz mit dem Technischen Hilfswerk und anderen Verbänden (wie den Feuerwehren, der Johanniter-Unfallhilfe und der DLRG), für die Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes mit den Sprach- und Integrationskursen sowie den interreligiösen Dialog, für die Minderheiten in Deutschland (z.B. die Friesen und die dänische Minderheit), die Bundeszentrale für politische Bildung und Initiativen gegen Rechtsextremismus sowie für den Sport mit der Ausrichtung von Fußball- und Leichtathletik-Weltmeisterschaften, die Verbandsförderung bis hin zur wirksamen



Bekämpfung des Dopings. Die Hauptthemen in meiner Zuständigkeit sind allerdings häufig konfliktträchtig in der Großen Koalition, wie der ganze Bereich der Inneren Sicherheit mit der Bundespolizei(reform), dem Bundeskriminalamt und dem Verfassungsschutz, weswegen ich seit 2005 außerdem Mitglied im Vertrauensgremium (zuständig für den Verfassungsschutz, den Bundesnachrichtendienst und den MAD – also für die 3 Geheimdienste) bin. Damit bin ich verantwortlich im Haushaltsausschuss auch für die Themen der Anti-Terror-Gesetzgebung inklusive der Online-Durchsuchung bis hin zur Telefonüberwachung und gleichzeitig für die Arbeit des Datenschutzbeauftragten und die des Statistischen Bundesamtes mit dem „Mikrozensus“ – d.h. für die nächste „Volkszählung“. Dies ist eine „bunte Mischung“, eine große Herausforderung und eine spannende, brisante Themenvielfalt, die mein ganzes Engagement in Berlin erfordert.

Meine Schlüsselstellung im Haushaltsausschuss konnte ich zugunsten Schleswig-Holsteins und meines Wahlkreises bei wichtigen Haushaltsverbesserungen z.B. für die Bereitschaftspolizei in Eutin, die Ortsgruppen und Jugendarbeit des THW und die dänischen und friesischen Minderheiten nutzen, vor allem aber für den Erhalt wichtiger Bundespolizeistandorte (z.B. in Neustadt, Lübeck und Ratzeburg) bei der Bundespolizeireform im April 2007. Das Maritime Schulungszentrum in Neustadt erhielt 2008



Eutin soll 2009 „Hauptstadt des Blues“ werden.

800.000 Euro für Sachausstattung und zusätzlich Personal, die KZ-Gedenkstätte in Ahrensböök wird zu 50 Prozent aus Bundesmitteln gefördert und ebenso der Verein "Baltic Blues" in Eutin für einen internationalen Blues-Wettbewerb. Das unter Rot-Grün etablierte Institut für Ökolandbau in Trenthorst, das im Rahmen einer Neustrukturierung der Ressortforschung 2006 auf der „Streichliste“ von

Bundeslandwirtschaftsminister Seehofer (CSU) stand, konnte als einziger Standort von dieser Liste bundesweit gerettet und nun auf Dauer mit 80 Arbeitsplätzen gesichert werden. Die größte "Erfolgsstory" für meinen Wahlkreis war die Förderung von 23 Ganztagschulprojekten mit über 12 Mio. Euro aus Bundesmitteln seit 2003. Bei der Bundeszentrale für politische Bildung konnte ich die bundesweite Einführung der „Ecopolicyade“ bewirken, die ursprünglich von Lehrern aus Bad Malente für Hauptschulklassen „erfunden“ wurde und in Schleswig-Holstein seit Jahren fester Bestandteil des Angebotes an allen allgemeinbildenden Schulen ist – 200.000 Euro stehen jetzt Jahr für Jahr im Bundeshaushalt bereit, um Software für die Schulen zu beschaffen, spezielle Lehrerfortbildung zu betreiben und jedes Jahr in Berlin einen großen Abschlusswettbewerb auszustatten.

Ich bin weiter Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuss und dort zuständig für das Familien- und Gesundheitsministerium, sowie stellv. Mitglied im Tourismusausschuss.

Als wichtige Funktion habe ich das Amt der stellvertretenden Sprecherin der Arbeitsgruppe Kommunalpolitik der SPD-Bundestagsfraktion übernommen und bin dort speziell für den ländlichen Raum zuständig. Wir arbeiten eng mit der SGK (Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik) zusammen und tauschen uns regelmäßig mit den drei Kommunalen Spitzenverbänden auf Bundesebene aus. Aus meiner Sicht war einer der wichtigsten Erfolge der SPD in der Großen Koalition der Erhalt der Gewerbesteuer und deren Verbreiterung der Bemessungsgrundlage in zwei Schritten seit 2003 – die CDU/CSU wollte die Gewerbesteuer ebenso wie die FDP eigentlich als eigene Kommunalsteuer abschaffen. Das haben wir verhindert. Mit den gesetzlichen Veränderungen konnte die Gewerbesteuer konjunkturabhängiger gestaltet werden – die Einnahmen bei den Städten und Gemeinden steigen seit 2004 ständig und solide an. Ich bin froh, dass der Bund die Kommunen in den letzten Jahren nachweislich sogar stärker entlastet hat, als dieses in Gesetzen verbindlich zugesagt war: Bereits durch die Gemeindefinanzreform 2003 noch unter Rot-Grün stiegen die Gewerbesteuereinnahmen 2004 binnen nur eines Jahres statt der versprochenen 2,5 Milliarden um satte 5,4 Milliarden Euro. Seit 2003 hat sich die Kommunale Steuereinnahmesituation netto von 46,7 Milliarden Euro auf 2007 ca. 72,1 Milliarden Euro kontinuierlich und nachhaltig erhöht – **das ist ein Plus von über 25 Milliarden Euro bundesweit in den kommunalen Kassen pro Jahr!** 2008 wird dieser Betrag noch übertroffen - die Gewerbesteuerquelle sprudelt wieder: In Schleswig-Holstein wird 2008 erstmals mit einer Rekordeinnahme von über einer Milliarde Euro gerechnet – das sind 250 Millionen Euro mehr per anno als noch vor drei Jahren! Auch in unserem Wahlkreis ist diese Entwicklung in den Medien ständig über die positiven Jahresabschlüsse der Kommunen mit zu verfolgen. Allerdings ist mir wichtig festzustellen, dass der Bund diesen Steuerfluss zu seinen eigenen Lasten in die „Tasche“ der Kommunen nicht mit dem Ziel des kommunalen Schuldenabbaus gesetzlich geregelt hat, sondern um den Städten und Gemeinden vor allem das dringend benötigte Geld für mehr und bessere Bildungsangebote ab dem ersten Lebensjahr für Krippen, Kindergärten, Ganztagschulen und Jugendpflege zur Verfügung zu stellen – dabei müssen vor allem auch kleine Gruppengrößen, die Qualität des Personals und flexible Öffnungszeiten gewährleistet werden. Die Kommunen in Schleswig-Holstein mit ihren überwiegend konservativen Mehrheiten spielen im bundesweiten Vergleich allerdings bei den Bildungsinvestitionen für Kinder und Jugendliche und der Entlastung der Eltern (z.B. Sozialstaffel) eine eher traurige Schlusslicht-Rolle.

Wichtige Schwerpunkte von mir waren in der Arbeitsgruppe für Kommunalpolitik auch der Kampf um gesetzliche Festlegungen für Erdkabel (2006 im

Infrastrukturbeschleunigungsgesetz und jetzt 2008 im Energieleitungsausbaugesetz EnLAG) sowie die Sicherung der Situation von Stadtwerken im Wettbewerb mit den "Energiesektoren". Mit diesem Engagement knüpfte ich gern an meine 20jährige kommunalpolitische Arbeit am Bungsberg an – die letzten sechs Jahre bis 2003 als ehrenamtliche Bürgermeisterin und Amtsvorsteherin. Seit 2003 arbeite ich im SPD-Landesvorstand – seit 2007 als stellvertretende Landesvorsitzende. Und auch dort gilt mein besonderes Augenmerk neben anderen Themen insbesondere dem ländlichen Raum.



SPD - Landesvorstand

II. Das Ziel meiner Arbeit: Transparenz herstellen, Informationen aufbereiten, aufklären und überzeugen – zum Mitmachen und Einmischen motivieren!

1. Natürlich kann ich im Folgenden nur eine knappe Übersicht über meine Arbeit als Bundestagsabgeordnete in den letzten drei bzw. sechs Jahren geben. Ich informiere regelmäßig über relevante aktuelle Themen und Initiativen im Bundestag ebenso wie über Veranstaltungen und Termine im Wahlkreis in meinem „**Bericht aus Berlin**“ – in den letzten fünf Jahren sind 36 Ausgaben davon erschienen.
2. Zusätzlich erarbeite ich **Informationsblätter** zu komplexen Themen – diese stehen nicht nur auf meiner Homepage, sondern werden an alle, die sich als Interessierte eingetragen haben, per Mail oder als Kopie verteilt. Allein seit Ende 2005 sind folgende Informationsblätter erschienen:
 - Bewertung des Koalitionsvertrags, 12/2005
 - Fakten und Argumente zum Koalitionsvertrag aus 12/2005
 - Erdkabelklausel muss beim Netzausbau im kommunalen Interesse ins Gesetz zur Beschleunigung von Planungsverfahren für Infrastrukturvorhaben, 03/2006
 - Co2 – Gebäudesanierungsprogramm, 04/2006
 - Elterngeld, 07/2006
 - Aktuelle Rentenpolitik, 09/2006
 - Politische Bewertung der Gesundheitsreform, 01/2007
 - Gesetzlicher Schutz für Patientenverfügungen, 05/2007
 - Private-Equity-Gesetz, 07/2007
 - Gentechnik, 09/2007
 - Neue Energie – Sozialdemokratische Energie- und Klimapolitik für das 21. Jahrhundert, 09/2007

- Die Zukunft wächst auf dem Land - Perspektiven für den ländlichen Raum in Schleswig-Holstein, 12/2007
 - Warum wir gesetzliche Mindestlöhne brauchen, 02/2008
 - "Wie viel Solidarität können wir uns leisten? – Plädoyer für einen starken Staat und nachhaltige Haushaltspolitik - Beitrag zur 2. Norddeutschen Sozialwirtschaftsmesse an der FH Kiel am 08.10.2007, 02/2008
 - Riester-Rente lohnt sich! Informationen zu Altersvorsorge und Grundsicherung, 03/2008
 - Kürzung der Pendlerpauschale juristisch umstritten – Entscheidung fällt Ende 2008!, 03/2008
 - Verabschiedung der Pflegereform bringt Positives für Pflegende und Gepflegte, 03/2008
 - Die Änderung des Stammzellgesetzes – Positionen in einer kontroversen Debatte, 03/2008
 - Wohngelderhöhung wird ab Januar 2009 auf die Warmmiete gewährt und angepasst, 03/2008
 - Diätenerhöhung gekippt! – Vorreiterrolle der Bundestagsabgeordneten aus Schleswig-Holstein hat sich durchgesetzt, 05/2008
3. Zusätzlich bringen wir neun SPD-Bundestagsabgeordneten aus Schleswig-Holstein als Landesgruppe seit 2006 viermal jährlich einen **Newsletter** heraus. Auch dieser kann bei Interesse über Mail oder in Papierform über mein Büro in Eutin bezogen werden und dann an unsere Mitstreiter vor Ort ausgegeben werden. Einige Ortsvereine und Arbeitsgruppen machen von diesem Angebot zur Information an Mitglieder und Interessierte schon Gebrauch – nutzen Sie es!
4. Seit der letzten Bundestagswahl 2005 habe ich **ca. 160 Presseerklärungen** abgegeben, die alle auf meiner Homepage (www.bettina-hagedorn.de) abrufbar sind. Diese Arbeit halte ich für besonders wichtig, damit die Menschen nicht erst in den Wochen und Monaten vor der nächsten Wahl registrieren, wofür und wogegen ich mich engagiere.
5. Einen immer größeren Rahmen in der politischen Öffentlichkeitsarbeit nimmt meine **Homepage** ein – sie im Hinblick auf meine Wahlkreisarbeit und meine Arbeit in Berlin stets aktuell zu halten, ist ein enormer Arbeitsaufwand, den ich nur mit der großen Unterstützung meiner Mitarbeiter schaffen kann. Wir sind damit anerkannt erfolgreich: In einer von der Zeitschrift "Politik & Kommunikation" im September 2007 erstellten

Liste der TOP 100 der besten Internetauftritte von Bundestagspolitikern belegte meine Homepage Platz 52 – insgesamt haben wir 612 Bundestagsabgeordnete!

- 6. Transparenz bei meinen Einnahmen** ist für mich selbstverständlich, und deshalb veröffentliche ich seit Beginn meiner Abgeordnetenzeit meine Einkünfte und Ausgaben – kontinuierlich seit 2004 sind meine Steuerbescheide in der Rubrik „**Gläserne Abgeordnete**“ auf meiner Homepage nachlesbar. Es gibt nur sehr wenige Abgeordnete, die sich freiwillig derartig „gläsern“ machen, weswegen ich schon häufiger auch in den bundesweiten Medien damit für Aufmerksamkeit sorgte. Meine letzte Veröffentlichung vom 10.01.08 beinhaltete den Steuerbescheid von 2006 (Anlage letzte Seite).

Ich habe schon am **16. November 2007 bei der Diätenreform im Bundestag mit "Nein"** gestimmt, weil angesichts der Diätenerhöhung die Abschmelzung der Privilegien bei der Pensionsregelung aus meiner Sicht nicht mutig genug war - eine deutliche und gegenüber anderen Arbeitnehmern gerechte Neuregelung der Altersbezüge fehlte. Als in Berlin am 6. Mai 2008 in Berlin erstmalig eine erneute Diätenerhöhung diskutiert wurde, sprach sich die SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein sofort geschlossen gegen die Anhebung aus und ein Drittel der gesamten SPD-Bundestagsfraktion stimmte bereits am 6. Mai dagegen. Am gleichen Tag gab es in der CDU/CSU Bundestagsfraktion bei der Abstimmung keine einzige Gegenstimme und nur eine einzige Enthaltung. Erst durch den „Druck“ von der Öffentlichkeit und den Medien „kippte“ die CDU/CSU, und so konnte die SPD sich am 20. Mai 2008 mit der Ablehnung der erneuten Diätenerhöhung in der großen Koalition durchsetzen, wenn auch die CDU/CSU „schmollte“. Letzten Endes war es vor allem unser Erfolg der SPD-Abgeordneten aus Schleswig-Holstein, dass die Diätenreform am 20. Mai 2008 gestoppt wurde - bereits am 16. Mai 2006 hatten wir gemeinsam in einem 8-Punkte-Papier zur Reform der Abgeordnetenentschädigung jede Diätenerhöhung von massiven Einschnitten in die Privilegien der Altersversorgung abhängig gemacht.

III. Meine Arbeit im Wahlkreis – nah bei den Menschen!

1. Besonders wichtig sind mir **öffentliche Veranstaltungen** zu brennenden politischen Themen. Bereits bis 2005 habe ich 25 Veranstaltungen mit vielen inhaltlich verschiedenen Schwerpunkten und namhaften Referenten aus der ganzen Republik durchgeführt. Diesen Weg habe ich konsequent fortgesetzt :
 - **„Familienfreundlichkeit rechnet sich“ in Neustadt am 23.03.06** mit dem bundesweit renommierten Referenten der **Prognos AG Dr. Axel Seidel** sowie einer Diskussionsrunde mit **Bgm. Henning Reimann**, dem Vizepräsidenten der IHK



Hansa-Park mit Renate Schmidt und Andreas Leicht.

Lübeck **Andreas Leicht**, dem kaufm. Leiter Klinikum Neustadt **Manfred Volmer**, dem Verbandsdirektor des Zweckverbandes Ostholstein **Heiko Suhren** und **Susanne Bimberg** als damalige Vorsitzende des Kinderschutzbundes Ostholstein – das Ziel, ein „**Bündnis für Familie**“

zu gründen und die großen Arbeitgeber der Region verantwortlich in die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit einzubinden, wurde leider mangels Interesse aus der Region (vorläufig!) verfehlt!

- „**Sozial bleiben!!**“ in **Oldenburg** am **24.08.06** mit dem Kieler Bundestagsabgeordneten **Dr. Hans-Peter Bartels**
- „**Welche Chancen bietet das neue Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetz für Erdkabel statt Freileitung?**“ in **Lensahn** am **23.01.2007** mit dem **Vizepräsidenten des Bundesverbandes Windenergie Hermann Albers**, der Rechtsanwältin **Dr. Ursula Prall** vom Büro **Kuhbier** und dem Geschäftsführer der **GEO mbH Dipl. Ing. Marten Jensen**, sowie mit unserer Landtagsabgeordneten **Regina Poersch**
- „**Ganztagsbetreuung - auf dem Vormarsch – Schule im Aufbruch**“ in **Neustadt** am **14.03.07** mit Vertretern von Schulen, dem Kinderschutzbund und weiteren Aktiven im Ganztagsschulbereich von Burg bis Reinfeld sowie der Kreistagsfraktion
- „**Afghanistan – Ziviler Wiederaufbau in einem Konfliktland. Hintergründe und Ausblicke**“ im **Eutiner Schloss** am **02.04.07** mit dem **Teamleiter des Kabuler Büros der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit Hans-Hermann Dube**, meinem Bundestagskollegen aus dem Verteidigungsausschuss **Prof. Jörn Thießen** und in Anwesenheit unseres damaligen Innenministers und **SPD-Landesvorsitzenden Ralf Stegner**
- „**Umsetzung der Gesundheitsreform und Perspektiven der Reform der Pflegeversicherung**“ in **Burg** am **23.08.07** mit der Stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, **MdB Elke Ferner**, der Landesgesundheitsministerin **Gitta Trauernicht**, und **Regina Poersch** zusammen mit der **AG 60 + Fehmarn**



Ein Dankeschön von einer Familie in Not: Burg 23.08.07

- **„Gesundheits- und Pflegereform: Chancen für eine solidarische, zukunftsweisende Politik“ am 23.08.07** mit Gesundheits- und Pflegeexpertin **MdB Elke Ferner**
- Informations- und Diskussionsveranstaltung **„Mehr Sicherheit für die Ostsee! Chancen und Risiken wachsenden Schiffsverkehrs“ am 04.10.2007 in Heiligenhafen** mit **MdB Dr. Margrit Wetzel**, Mitglied des Verkehrsausschusses und „Lotsin“ der SPD-Küstengang in Berlin, **Willi Piecyk, MdEP**, **Hans-Werner Monsees**, Leiter des Havariekommandos Cuxhaven und **Ingo Berger**, Vorsitzender des Ständigen Fachausschusses des Dt. Nautischen Vereins
- **„Afghanistan – so viel Militär wie nötig, so wenig wie möglich: Gratwanderung im Bemühen um Stabilität“**, in der Aula des Weber-Gymnasiums in **Eutin am 31. Oktober 2007** mit dem Mitglied im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages **MdB Prof. Jörn Thießen**
- **„Patientenverfügung – das Selbstbestimmungsrecht ernst nehmen“** in der Ameos Klinik **Neustadt am 01. November 2007** mit **MdB Joachim Stünker**, Mitglied der Rechtsausschusses und Verfasser des Gesetzesentwurfes, der auch meine persönliche Unterstützung im Parlament hat
- **„Gute Arbeit – Für gute Arbeitsbedingungen und faire Löhne“ am 25. Februar 2008 in Pansdorf**, 1. Betriebs- und Personalrätekonferenz im Wahlkreis mit **MdB Franz Thönnies**, Staatssekretär im Bundesarbeits- und Sozialministerium
- **„Sozial gerecht ist Gute Arbeit“** im **Oldenburger Wallmuseum am 15.04.08** mit **MdB Andrea Nahles**, Sprecherin der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der SPD-Bundestagsfraktion und Stellvertretende SPD-Parteivorsitzende
- Frauenpolitisches Frühstücksgespräch am **18.04.08 in Stockelsdorf: „Gleichberechtigung in Theorie und Praxis“** mit **MdB Mechthild Rawert**
- **„Besser essen. Mehr bewegen“**, Projektbesuch mit **Mechthild Rawert**, zuständige Berichterstatterin im Ausschuss für Ernährung Landwirtschaft und Verbraucherschutz, im Haus der Jugend in **Ahrensböök** und in der Bildungssportstätte **Bad Malente am 18.04.08**
- **„Die Zukunft wächst auf dem Land“** in der Heuherberge in **Riepsdorf am 18.04.08** mit einem zünftigen Abendbrot aus regionaler Küche und mit **MdB Mechthild Rawert**, Mitglied im Landwirtschafts- und Gesundheitsausschuss
- **„Chancen der Pflegereform in Ostholstein“** in der Asklepios Klinik in **Bad Schwartau am 13. Mai 2008** mit dem **Staatssekretär im Kieler Sozialministerium Helmuth Körner** und **Sandra Redmann, MdL**,

- **„Klimapolitik mit Zukunft“** in **Ahrensburg am 15.5.08** mit **Sigmar Gabriel, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**
- **„Perspektiven für eine menschenwürdige Pflege - Was können und sollen Pflegestützpunkte leisten?“** im Ameos Psychatrium in **Neustadt am 01.09.08** mit **MdB Dr. Carola Reimann**, Sprecherin für Gesundheit und Pflege der SPD-Bundestagsfraktion.

Am **6. Oktober 2008** lud ich – aktueller ging es nicht, denn am 7. Oktober war im Bundestag die 1. Lesung zur **Verlängerung des ISAF-Mandates für Afghanistan** – erneut ein: **„Afghanistan – Erwartungen der deutschen und afghanischen Politik an Wiederaufbau und Stabilität“** im Jagdschlösschen in **Eutin-Sielbeck am 6.10.08 um 19:00 Uhr** mit **MdB Niels Annen, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss**. Niels Annen hat sich mehrfach persönlich in Afghanistan über die Lage informiert – ebenso wie ich. Ich war im Mai 2006 und Anfang September 2008 in Afghanistan, dreimal im Kosovo (zuletzt im April 2008) und in Bosnien – **Abstimmungen zu den Auslandseinsätzen sind immer schwierige Gewissensentscheidungen**, die wir Abgeordneten aber nicht nur vor Ihnen als Wählerinnen und Wählern, sondern vor allem auch vor den Soldaten, Polizisten und Wiederaufbauhelfern sowie vor der unschuldigen Zivilbevölkerung in den Krisengebieten verantworten können müssen. Das ist der Grund, warum ich einerseits sehr oft **selbst zur besseren Information in diese Krisengebiete reise** und andererseits **regelmäßig** in Eutin als dem Ort, wo Jahr für Jahr knapp 200 junge Menschen von der Rettberg-Kaserne aus in die Auslandseinsätze gehen, **Veranstaltungen mit anerkannten Experten** zur Information und Diskussion anbiete. Dabei lade ich als Referenten sehr bewusst Menschen aus so verschiedenen Bereichen wie der Entwicklungshilfe (GTZ), Verteidigungs- und Außenpolitik ein. Von vielen Kritikern an den Auslandseinsätzen wünsche ich mir, dass sie sich dieser Diskussionschance vor Ort stellen. Ich freue mich, dass für Frühjahr 2009 die erste Frau mit langjähriger Afghanistanenerfahrung – sie beendete diesen Herbst ihre Tätigkeit für die Friedrich-Ebert-Stiftung in Kabul – als Referentin über die Situation der Mädchen und Frauen in Afghanistan zugesagt hat. Es gibt Erfolge – sie stehen viel zu wenig im Mittelpunkt der deutschen (Medien-)Debatte. Zur **innerparteilichen Information und Diskussion** lade ich außerdem seit 2003 ca. dreimal im Jahr zum **„Fraktionsvorsitzendenfrühstück“** jeweils am Sonntag um 10:00 Uhr ins Sagauer Feuerwehrgerätehaus ein. **Das letzte Treffen fand am 21.09.08 statt.**

2. Die Themen **Umwelt-, Klimaschutz und Erneuerbare Energien** gepaart mit einem **klaren Bekenntnis gegen die Nutzung der Atomkraft** spielen in meinem politischen Leben seit 25 Jahren eine zentrale Rolle. Seit der Klimawandel mit vielen Naturkatastrophen weltweit für alle Menschen spürbar geworden ist, gibt es auch für



Oldenburger Marktplatz mit Mitstreitern des Aktionsbündnisses gegen eine Feste Beltquerung

die notwendigen politischen Antworten darauf wieder eine größere Aufgeschlossenheit. Deshalb habe ich mit kostenlosen Filmvorführungen des **AI-Gore-Films „Eine unbequeme Wahrheit“**, die ich zusammen mit den jeweiligen SPD-Ortsvereinen ab September 2007 in **Eutin, Scharbeutz,**

Neustadt, Bad Oldesloe und Beschendorf durchgeführt habe und die auf viel Interesse stießen, in unserer Region die öffentliche Diskussion neu zu bewegen versucht. Dazu thematisch passend war am **15. Mai 08** auf meine Einladung hin der **Bundesumweltminister Sigmar Gabriel** ganztägig in Schleswig-Holstein: Zusammen besuchten wir einen Solarbetrieb in Wedel, das Geomar-Institut (Forschungsschwerpunkt Klimawandel) in Kiel, ein **Holzschnitzelwerk mit Fernwärme in Ratekau** und standen den Bürgerinnen und Bürgern u.a. in **Oldenburg auf dem Marktplatz** und abends in **Ahrensburg** „Rede und Antwort“. Dort referierte Sigmar Gabriel zum Thema „**Klimapolitik mit Zukunft**“. Zusammen mit MdL Konrad Nabel und dem SPD-Kreisvorsitzenden in Stormarn Martin Habersaat auf dem Podium hatten wir eine spannende, nicht konfliktfreie Diskussion und fast 100 Zuhörer. Schon 2004 und 2005 hatte ich **MdB Hermann Scheer**, alternativer Nobelpreisträger, international anerkannter Präsident von Eurosolar und 2008 im Hessischen Schattenkabinett für das Wirtschafts- und Umweltressort vorgesehen, zu zwei gut besuchten Veranstaltungen eingeladen. Dabei ging es am **13.09.04 in Oldenburg** um die "**Chancen für Ostholstein durch Windkraft und Biomasse**" und am **18.05.05 in Stockelsdorf** um "**Regenerative Energien**". Zu diesem Thema gehören auch meine **Veranstaltungen zum Netzausbau durch Erdkabel**, die ich nicht nur **2005 und 2007 in Oldenburg und Lensahn** durchführte, sondern Anfang 2007 auch in **Brunsbüttel und Schafflund**. Bundesweit ist dieses Thema mittlerweile in der Fachpresse mit meinem Namen verknüpft, weswegen der Bundesverband für Erneuerbare Energien mich oft als „Kontrapunkt“ zu den Energiemultis aufs Podium holt: so im Februar 2006 in Rendsburg und im Frühjahr 2008 in Berlin.

3. Besonders wichtig ist mir vor allem auch eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Deutschland und eine enge, vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Betriebs- und Personalräten der Region sowie mit den Gewerkschaften. Seit 2003 laden die SPD-Bundestagsabgeordneten zweimal jährlich **Betriebs- und Personalräte zur Konferenz nach**



07.08.08: Infobesuch beim Betriebsrat der Asklepios Klinik in Bad Schwartau.

Berlin ein – die Nachfrage nach „Tickets“ dafür hat ständig zugenommen. Unter den 400 Teilnehmern der Betriebsrätekonferenzen sind auch jedes Mal 3-4 interessierte Betriebsräte aus meinem Wahlkreis dabei. Wegen der ständig steigenden Nachfrage habe ich im **Februar 2008** zur **1. Betriebsrätekonferenz** mit meinem Bundestagskollegen Franz Thönnies, Staatssekretär im Ministerium für Arbeit und Soziales, zum Thema: „**Gute Arbeit. Für faire Arbeitsbedingungen und faire Löhne**“ eingeladen. Das Interesse war riesig: ca. 80 Betriebs- und Personalräte nahmen teil. Die 2. Konferenz soll Anfang 2009 zum Thema „**Kampf der Leiharbeit – Equal Pay!**“ stattfinden.

4. **Schwerpunkte meiner Besuche im Wahlkreis waren die Schulen.** Hier stehe ich in der Regel zwei Stunden Rede und Antwort im Hinblick auf meine Arbeit als Bundestagsabgeordnete und diskutiere gern mit den jungen Leuten zu aktuellen Themen. Ich habe in der laufenden Legislaturperiode **viele Schulen** in Ostholstein und Nordstormarn besucht - bei einigen Schulen war ich schon mehr als einmal Gast:

- in der Waldorfschule in Lensahn
- in den Grund- und Hauptschulen Ahrensbök und Pönitz
- in der Grundschule Göhl
- in der Schule Kastanienhof in Oldenburg
- in der Ganztagsschule in Bad Malente
- in der Förderschule in Heiligenhafen
- im Bildungszentrum Bad Malente
- in der GHS Burg auf Fehmarn
- in der Heinrich-Harms Schule in Hutzfeld
- in der Grund- und Haupt- sowie in der Realschule in Neustadt
- in den Haupt- und Realschulen in Timmendorfer Strand und in Lensahn
- in der Friedrich-Hiller Schule in Schönwalde
- in den Berufsschulen Oldenburg, Eutin und Bad Schwartau



Heinrich-Harms Schule

- in den Gymnasien in Neustadt, Oldenburg und Eutin
- in der Albert Mahlstedt- und Wilhelm Wisser Schule in Eutin
- in den Realschulen in Grömitz und Oldenburg

2003 hat die Bundesregierung unter Rot-Grün und gegen den erbitterten Widerstand der CDU/CSU das **4 Mrd.-Euro Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ (IZBB)** durchgesetzt, mit dem die Länder und Kommunen beim bedarfsgerechten Auf- und Ausbau von Ganztagschulen unterstützt wurden - seit 2003 sind 135,041 Mio. Euro davon nach Schleswig-Holstein geflossen, wovon bis heute knapp 90 Prozent ausgegeben wurden und allein **12,55 Mio. Euro nach Ostholstein und Reinfeld** gingen. Bundesweit wurden damit bisher knapp 7.000 Schulen in Deutschland zu Ganztagschulen ausgebaut – bitter ist für mich nur, dass ausgerechnet **die IGS Pansdorf (heute Ratekau)** keine IZBB-Mittel des Bundes erhalten konnte, weil die CDU-Kreistagsfraktion eine erfolgreiche Beantragung der Mittel damals aus ideologischen Gründen bestritt und verhinderte. Umso mehr freue ich mich, dass Dank der Initiative der Ratekauer, die Gesamtschule jetzt im Süden Ostholsteins gesichert ist, Schülerinnen und Schülern in einem großartigen Schulneubau auf Dauer vorbildliche Lernmöglichkeiten bietet und trotz der jahrelangen Verhinderungstaktik der CDU im Kreis zur Erfolgsstory werden wird.

Um die Bildungschancen in den Familien auch mit älteren Sprösslingen zu verbessern, gelang der SPD in den Haushaltsberatungen für 2008 ein großer Erfolg: das **Bafög** wird ab 1. Oktober 2008 um 10 Prozent erhöht! Ich bin froh über dieses kräftige Plus zu Gunsten der jungen Menschen und hoffe, dass es dazu beitragen mag, dass mehr junge Leute den Schritt ins Studium bzw. andere geförderte Weiterqualifizierungen wagen. Fatal wäre es nur, **wenn unionsgeführte Länder die Bafög-Erhöhung als willkommene Einnahmequelle für Studiengebühren missverstehen würden!** Studiengebühren sind und bleiben das falsche Signal in einem Land wie Deutschland, das im europäischen Vergleich ohnehin eine zu niedrige Quote von Studierenden aufweist und dringend hoch qualifizierte Fachkräfte braucht.

5. In Ostholstein und Nordstormarn habe ich seit 2004 zusammen mit den SPD-Ortsvereinen in Aktionen vor Schulen und in **Kindergärten ca. 2000 Brotdosen** verteilt. Die Dosen haben die Aufschrift „Lernen macht groß und stark“, und sie wurden bestückt mit Infomaterial aus Bund und Land zu den Themen Familie, Betreuung von Kindern, Schule und Bildung. Die Ortsvereine haben dann zusätzlich meistens gesundes Frühstück und kleine Leckereien für die Kinder hinzugefügt. Allein

2007 und zum Jahresanfang 2008 war ich zu Gast z.B. bei den Einschulungen der IGS in Ratekau und bei der Inselschule Fehmarn, sowie in acht Kindergärten in den Gemeinden Merkendorf/Schashagen, Scharbeutz, Kasseedorf, Timmendorfer Strand und Stockelsdorf. Diese Aktion wird natürlich auch in den nächsten Jahren fortgesetzt.



Topaktuell: am 26. September 2008

wurde im Bundestag in abschließender Lesung endlich das Gesetz auf den Weg gebracht, dass bei der

Kinderbetreuung ab Eins wenigstens ab 2013 endlich einen Rechtsanspruch der Eltern auf Betreuung garantiert. Vor

allem der Unterstützung von Finanzminister Peer Steinbrück ist dieser Durchbruch zu verdanken, denn zur Unterstützung der Kommunen bei dieser Aufgabe haben wir ein **erneutes 4-Mrd.Euro-Programm** auf den Weg gebracht: ein Sondervermögen beim Bund in Höhe von 2,15 Mrd. Euro soll an Länder und Kommunen allein für Investitionen ausgeschüttet und dadurch eine **Verdreifachung der Betreuungsplätze auf 750.000 bis 2013** erreicht werden. Zusätzlich erhalten die Länder 1,85 Mrd. Euro über eine Änderung der Umsatzsteuerverteilung zur Unterstützung der Kommunen bei der Finanzierung zusätzlich entstehender Betriebskosten – vor allem für **zusätzliches pädagogisches Fachpersonal**. Damit wird es wenigstens ab 2013 für die Eltern einen von der SPD eigentlich schon für 2010 geforderten Rechtsanspruch auf Krippenplätze geben. Für Schleswig-Holstein stehen in den kommenden Jahren insgesamt mehr als 74 Mio. Euro des Sondervermögens allein für Investitionen zur Verfügung - 13 Mio. Euro davon schon für 2008. Mehr Qualität bei der Betreuung der Kinder im Vorschulalter ist der Schlüssel für frühkindliche Bildung, die Voraussetzung für gerechte Bildungschancen ebenso wie für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ... und sie darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen! Das von der CDU/CSU zusätzlich favorisierte ‚Betreuungsgeld‘ wirkt hingegen kontraproduktiv gerade bei Arbeitslosen und Migrantenfamilien – es wäre fatal, wenn die Eltern Geld vom Staat quasi als Belohnung dafür erhalten, dass sie ihre Kinder eben gerade nicht in Krippe und Kindergarten schicken, obwohl sie oft nur dort Zugang zu fairen Bildungschancen erhalten. Über das umstrittene „Betreuungsgeld“ wird erst der nächste Bundestag entscheiden – damit haben Sie als Wählerinnen und Wähler eine Mitsprache in diesem Punkt!

6. Besonders verbunden fühle ich mich auch der **Jugendpflege und den Vereinen und Verbänden mit engagierter Jugendarbeit**. So besuchte ich am 13. Juni 2006 den Jugendtreff "**Red Corner**" in **Grömitz** und am 17. Juli 2007 das Jugendzentrum "**K'sino**" in **Sierksdorf**, dessen Jugendliche 2006 den schleswig-holsteinischen "Stark-Preis" in Anerkennung ihres ehrenamtlichen Engagements erhalten hatten. "**Vielfalt tut gut – Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie**" - seit September 2007 hat **Neustadt** in der Trägerschaft der ev.-luth. Kirchengemeinde für ein **dreijähriges Bundesmodellprojekt** den „Zuschlag“ erhalten und erhält jetzt in drei Jahren **300.000 Euro an Bundesmitteln für soziale Präventionsprojekte**. Natürlich besuchte ich die Initiatoren und Jugendlichen vor Ort - 30 Projekte laufen schon und 175.000 Euro sind bereits geflossen.

Seitdem ich 2004 als Hauptberichterstatterin für das Familienministerium das „**Festival für junge Politik**“ selbst „aus der Taufe gehoben“ habe, bei dem schon 2005 erstmalig bundesweit 10.000 junge Leute mit gesponserten Billigtickets der Bahn nach Berlin anreisten, um drei Tage lang an über 800 Einzelveranstaltungen aus den Bereichen Politik, Gesellschaft, Musik, Sport und Kultur teilzunehmen, ist dieses Projekt „mein baby“. In diesem Jahr lief das Festival unter dem Motto „Berlin 08“ und war erneut ein Höhepunkt des Aktionsprogramms für mehr Jugendbeteiligung. Wie schon 2005 traf ich mich in Berlin erneut mit zahlreichen Jugendlichen aus meinem Wahlkreis und Stormarn – dieses Mal mit einem **Politikkurs der IGS Bad Oldesloe**, um über ihr Projekt zum „Überwachungsstaat“ und ihre politischen Sichtweisen zu diskutieren, sowie mit jungen **Berufsschülern aus Oldenburg**, die zusammen mit dem **CJD Eutin** spannende Projekte gegen Fremdenfeindlichkeit und für mehr Toleranz an ihrer Schule initiiert haben und diese auf dem Festival vorstellten.

Neben Schulen, Kindertagesstätten und Jugendeinrichtungen bin ich gerne **Gast in den Rathäusern in meinem Wahlkreis**, um authentisch von den Kommunalpolitikern von ihrer Arbeit vor Ort zu erfahren – so war ich z.B. 2006 bei Bürgermeister Popp in Timmendorfer Strand und im Amt Nordstormarn zum Gespräch. Im August 2008 machte ich zusammen mit MdL Sandra Redmann meinen „Antrittsbesuch“ bei dem neuen Ratekauer Bürgermeister Thomas Keller – natürlich stand wie immer die Verbesserung der Betreuungssituation ab Eins im Mittelpunkt der Diskussion und der erfolgreiche Schulneubau der Gesamtschule kurz vor der Einweihung.

Selbstverständlich bin ich ebenso im ständigen Dialog mit Betriebs- und Personalräten, den Gewerkschaften, Unternehmensführungen, Vertretern der Tourismusbranche oder der örtlichen Wirtschaft, treffe mich mit Vertretern von (Sozial-)Verbänden, Institutionen und Vereinen. Aufgrund dieser seit Jahren

kontinuierlichen Kontakte und Termine kann ich selbstbewusst sagen: ich bin gut vernetzt und beständig vor Ort.

7. In unregelmäßigen Abständen absolviere ich **ein eintägiges Praktikum in Alten- und Pflegeeinrichtungen in meinem Wahlkreis**: zum 4. Mal tat ich dies im September **2006 in der Pflegeeinrichtung „Grömitzer Höhe“** sowie beim **ambulanten Pflegedienst in Neustadt**, um den Pflegealltag in einem Heim aber auch im „Betreuten Wohnen“ und bei einem ambulanten Pflegedienst näher kennen zu lernen. Zuvor war ich schon in Pflegeeinrichtungen in **Ahrensbök und Schönwalde** - solche Praktika helfen mir manchmal mehr, um die drängenden Probleme im Pflegebereich zu erfassen, als das Studium von Aktenbergen! Im **„Godenbergsschlösschen“ in Bad Malente**



Praktikum Grömitzer Höhe am 12.09.06.

war ich schon viele Male, weil dort seit Jahren ein besonderes Konzept im Umgang mit **Demenzkranken** entwickelt wird, das ich sehr beeindruckend finde. Darum nahm ich im **August 2007** auch die fachlich zuständige **stellv. Fraktions- und Parteivorsitzende MdB Elke Ferner** zu einem Gedankenaustausch mit dorthin, bevor wir abends in Bad Schwartau zum **Thema Gesundheits- und Pflegereform** informierten und diskutierten.

Am 1. Juli 2008 trat die Pflegereform in Kraft, die wichtige Verbesserungen für Pflegende wie Gepflegte bringt, für die wir Sozialdemokraten sehr gekämpft haben und die deshalb im Mittelpunkt von **zwei weiteren Veranstaltungen** stand: am **13. Mai 08 in Bad Schwartau** mit dem **Staatssekretär im Kieler Sozialministerium, Dr. Hellmut Körner** und MdL Sandra Redmann und am **1. September in Neustadt mit MdB Carola Reimann** und vielen Experten aus der Praxis. Es ging um **„Chancen der Pflegereform für Ostholstein“** – trägerunabhängige Pflegestützpunkte als wohnortnahe Anlaufstellen für Angehörige und Betroffene sind durch das neue Gesetz auch für unseren Wahlkreis jetzt möglich, wenn der Kreis mit seiner konservativen Mehrheit sich nicht weiter gegen solche Angebote sperrt. Auf der Bundesebene wurde die Einrichtung von **trägerunabhängigen Pflegestützpunkten** mit bis zu drei Nebenstellen in allen Kreisen von der SPD gegen den Widerstand der CDU/CSU durchgesetzt. Gerade für unsere Flächenkreise sind solche Einrichtungen zur Bündelung von Kompetenzen und für eine wohnortnahe, bürgerfreundliche Dienstleistung unverzichtbar. Dies zu verwirklichen wird jetzt eine wichtige Initiative unserer frisch gewählten Kommunalpolitiker sein müssen, denn nur sie können vor Ort

den Pflegekassen „den Druck“ machen und die Weichen zusammen mit den ehrenamtlich Aktiven und Netzwerken, den Verbänden, dem Kreis, den zuständigen Pflegekassen und dem Land richtig stellen. **„Perspektiven für eine menschenwürdige Pflege“** – so lautete das Motto der gut besuchten Veranstaltung mit MdB Carola Reimann am 1. September 2008 in Neustadt. Es ist eines der wichtigsten Themen der nächsten Jahre. Ein Infopapier zum Thema Pflege liegt vor. Zu diesem Thema passt auch die **Initiative des Bundes für Mehrgenerationenhäuser**, die generationsübergreifend Angebote zur Stärkung der Familie machen und dafür **massive Bundesförderung** erhalten – in Oldenburg im Kastanienhof (DPWV) und in Bad Oldesloe („Oase“) sind Träger dafür als Modellprojekte ausgewählt worden.

8. Ein bedeutendes Thema bleibt die **gesetzliche Regelung von Patientenverfügungen**, von denen es z.Zt. bereits 8-10 Mio. in Deutschland gibt. Das oberste Gericht in Deutschland hat der Politik auferlegt, einen klaren gesetzlichen Rahmen für Patientenverfügungen zu beschließen, weil sonst die Rechtskraft aller bestehenden und künftigen Verfügungen angezweifelt werden könnte. Bereits im April 2007 diskutierte der Bundestag das Thema drei Stunden in einer in den Medien als „Sternstunde des Parlaments“ beschriebenen Debatte. Um für das Thema zu sensibilisieren, habe ich im Mai 2007 das Protokoll dieser Debatte zusammen mit einer Kurzvorstellung der ersten Gesetzentwürfe und Vordrucken von Patientenverfügungen an Interessierte verschickt – fast 500 Exemplare wurden an die Vorsitzenden der AG 60 +, an Seniorenbeiräte, an die AWO, an alle Pflegeheime und Einrichtungen sowie haupt- und ehrenamtliche Betreuer im Wahlkreis verschickt. Zusätzlich habe ich den **Verfasser des von mir unterstützten Gesetzentwurfes, MdB Joachim Stünker**, am 1. November 2007 nach Neustadt eingeladen: in einer gut besuchten Veranstaltung stellte er seinen liberalen und auf das Selbstbestimmungsrecht der Patienten zielenden Gesetzentwurf zur Patientenverfügung vor, und wir diskutierten teils kontrovers mit einigen Experten auf dem Podium und dem interessierten Publikum. Demnächst wird es im Bundestag eine Anhörung von Sachverständigen zu dem Thema geben – denn entschieden werden muss dieses „heiße Eisen“ im Interesse der Menschen noch vor dem Wahlkampfsummer 2009!

9. „Nah bei den Menschen“ zu sein heißt für mich auch: **Türen in Berlin zu öffnen**: Eine ständig steigende Anzahl politisch Interessierter aller Generationen aus meinem Wahlkreis möchte den Reichstag und das Regierungsviertel in Berlin selbst erleben, ohne in den langen Besucherschlangen warten zu müssen – und nimmt dafür die Hilfe meines Berliner Büros in Anspruch: Von den **insgesamt knapp 4200 Besuchern** allein in den letzten 3 1/2 Jahren kamen ca. **2700 Jugendliche nach Berlin** – sie führen bei den **Besucherguppen im Reichstag**, mit denen ich mich in Sitzungswochen stets zu persönlichen Gesprächen treffe, die „Hitliste“ an. Konkret organisierten meine Mitarbeiter in Berlin 2005 für 989 politisch Interessierte aus Ostholstein und Nordstornarn einen Besuch im Bundestag, 2006 für 974 und 2007 sogar für 1195. Im laufenden Jahr waren es bis jetzt schon 953 Besucher. Zusätzlich lade ich jedes Jahr 150 Besucher aus Ostholstein und Nordstornarn zu einer dreitägigen Besuchergruppenreise ein, bei denen stets 15 bis 25 Plätze für engagierte Jugendliche mit ihren pädagogischen Betreuern reserviert sind, womit ich einen Beitrag zur Überwindung von Politikverdrossenheit und Wahlmüdigkeit gerade bei der jungen Generation leisten will. Außerdem halte ich aber auch Plätze für verdiente Ehrenamtler aus Kommunalpolitik, Vereinen und Verbänden als „Dankeschön“ für ihr gesellschaftliches Engagement bereit.

10. Bereits seit 2003 findet auf Initiative von meiner Berliner Bundestagskollegin Petra Merkel und mir im Bundestag alljährlich Anfang März zum „Internationalen Frauentag“ der **"Ladies' Day"** statt. Wir Frauen aus der SPD-Bundestagsfraktion laden dann stets Unternehmerinnen und weibliche Führungskräfte aus unseren Wahlkreisen für einen Tag nach Berlin ein – dabei sollen sie einerseits einen „Blick hinter die Kulissen“ des Politikalltags werfen können, andererseits wollen wir damit ein dauerhaftes Netzwerk zwischen Politikerinnen und Frauen in Führungspositionen von Wirtschaft und Verbänden knüpfen. Ich selbst habe in den vergangenen Jahren insgesamt **20 Frauen vor allem aus den für Ostholstein so wichtigen Bereichen Soziales, Bildung und Tourismus nach Berlin** geladen. Im März 2009 freue ich mich auf neue Gäste!



Ladies' Day 2007

11. Besonderer Beliebtheit erfreuen sich gerade bei Eltern mit Kindern und der älteren Generation **meine Liederhefte**, von denen ich **seit 2005 bereits fast 5000 Stück** bei Veranstaltungen der AG 60+, bei Weihnachtsfeiern z.B. von AWO-Ortsvereinen oder Seniorenbeiräten sowie in Kindergärten und Grundschulen oft zusammen mit den SPD-Aktiven vor Ort verteilt habe. **Fast 2000 Weihnachtsliederhefte stehen auch für die diesjährige Adventszeit wieder zur Verfügung** – die Kinder- und Heimatliederhefte sind z.Zt. vergriffen und werden 2009 neu aufgelegt. **Wer Interesse an dieser Aktion hat, meldet sich in meinem Eutiner Büro!**

IV. Natürlich mische ich mich ein, wo Probleme sind – stark im Handeln!

1. Jüngster Erfolg: Mit meiner Unterstützung hat der „**Verein zur Förderung der Gedenkstätte Ahrensböck/Gruppe 33**“ Mitte September 2008 mit **85.000 Euro** als einziges Projekt in Schleswig-Holstein eine 50%-ige Bundesförderung aus einem einmaligen „Sondertopf“ des Bundes von 40 Mio. Euro „für die Behebung eklatanter baulicher Mängel bei Baudenkmalern von nationaler Bedeutung“ erhalten. Mit diesem



Zu Besuch bei der Gedenkstätte Ahrensböck am 18.08.08.

Zuschuss können dringend notwendige und seit Jahren aufgeschobene Investitionen in dem ehemaligen frühen KZ in Ahrensböck getätigt werden, die dessen Erhalt und Sanierung endlich dauerhaft sichern – die eigentlich allein

für die Kulturförderung zuständigen Gremien in Land, Kreis und Kommune

haben sich bislang mit ihrer Förderung „vornehm zurückgehalten“. Diese einzigartige Gedenkstätte in Ahrensböck, in deren Gebäude nicht nur 1933 ein frühes Konzentrationslager untergebracht war, sondern das gleichzeitig ein Ort des KZ-Todesmarsches durch den Kreis Ostholstein 1945 zur Verschiffung in Neustadt war (Cap-Arcona-Katastrophe/3. Mai 1945), ist seit den 90er Jahren Dank des ehrenamtlichen Engagements der „**Gruppe 33**“ ein Ort des lebendigen Gedenkens auch für Überlebende und ihre Angehörigen, ein Ort der Reflektion, des aktiven Engagements und der Aussöhnung für die Jugend (mit den jährlich im Sommer stattfindenden internationalen Jugendlagern). Aus diesem Grund gibt es in unserem Land keinen authentischeren Ort, an dem an das schlimmste Kapitel der deutschen Geschichte - den Holocaust - gedacht werden könnte. Viele namhafte Personen des öffentlichen Lebens und der Sozialdemokratie haben sich in der Vergangenheit bereits

unterstützend wie ich für die Arbeit des Vereins eingesetzt: **Heide Simonis** als Schirmherrin während ihrer Zeit als Ministerpräsidentin, der ehemalige Bremer Bürgermeister **Hans Koschnik**, der als unvergessener Festredner damals das 5jährige Jubiläum würdigte. Darum freue ich mich besonders, dass es durch meine Verbindung zur **Friedrich-Ebert-Stiftung** gelang, dass diese sich mit einer **10.000-Euro-Spende an den Verein** an der noch schwierigen Kofinanzierung beteiligen wird. Auch **namhafte Wissenschaftler** unterstützen den Verein inhaltlich und ideell - wie z. B. **Prof. Dr. Jörg Wollenberg** und der leider **viel zu früh verstorbene Prof. Stokes** aus Amerika: er war der Wegbereiter für die Erforschung des Nationalsozialismus im Kreis Ostholstein und auch in Ahrensböök.

2. Der **Verein Baltic Blues** aus Eutin erhielt im Sommer 2008 mit meiner Unterstützung eine **fünfstellige Förderung des Bundes** für einen geplanten internationalen **Blues-Wettbewerb im November 2009 in Eutin**. Dann sollen sich renommierte Bluesbands und Nachwuchskünstler aus dem europäischen Ostseeraum in verschiedenen Kategorien einer Fachjury wie auch dem Publikum in Eutin musikalisch vorstellen und um das „Gewinnerticket“ für die Endausscheidung in Memphis/Tennessee (USA) bewerben können. Dieser Wettbewerb wird nicht nur das kulturelle Image Eutins vielseitiger machen und insgesamt stärken, sondern auch ein weiteres Highlight in der breiten Tourismuspalette sein.

3. Erst im **April 2007** konnte ich den Mitarbeitern der Bundespolizei in Schleswig-Holstein als für das Innenministerium zuständige „Haushälterin“ eine freudige Botschaft übermitteln: die bundesweit mit vielen Standortschließungen und Arbeitsplatzverlusten im ländlichen Raum von Minister Schäuble initiierte **Bundespolizeireform** „schont“ alle betroffenen Standorte in Schleswig-Holstein: Bad Bramstedt bleibt mit ca. 300 Mitarbeitern als Direktion (zuständig auch für Mecklenburg-Vorpommern) erhalten, die **Akademie der Bundespolizei in Lübeck** wird sogar bundesweit erheblich gestärkt und der Standort des **Bpol-Amtes See in Neustadt** bleibt als eine von 76 Inspektionen bundesweit bestehen und wird künftig zusammen mit den zwei weiteren Küsteninspektionen in Rostock und Cuxhaven regional gesteuert. Damit bleibt die Zuständigkeit für die Küste im ganzen Norden in Schleswig-Holstein gebündelt – das war eine frohe Botschaft für viele Mitarbeiter in Neustadt und die Stadt selbst und keineswegs selbstverständlich. Glücklicherweise sind damit die ursprünglichen Pläne des Bundesinnenministeriums "vom Tisch", die „Aufgabe Küste“ in einer gemeinsamen Zentrale für Sondereinheiten mit Fliegerstaffel und GSG 9 fernab des Nordens zu bündeln. Auf meine Initiative hatte **2005** der

damalige Innenminister Otto Schily in **Neustadt ein Maritimes Schulungs- und Trainingszentrum (MaST)** für den qualitativ und quantitativ wachsenden Bedarf an maritimer Aus- und Fortbildung vieler Ministerien in Bund und Ländern etabliert. Bis zu

20 Arbeitsplätzen u.a. für Lehrkräfte sollten nach dem Konzept von 2005 aufgebaut werden – der „neue“ Innenminister Schäuble allerdings verweigerte bis Oktober 2007 dem Konzept die notwendige Akzeptanz und

damit notwendige Ausstattung in Sach- und Personalmitteln. So war es ein

Riesenerfolg für Neustadt, dass ich im Haushalt des Bundes für **2008 ein „Startkapital“ von 800.000 Euro für Lehrausstattung und vier neue Fachlehrern** für mehr Qualität und neue Schulungslehrgänge durchsetzen konnte.



Januar 2008 mit Ralf Stegner im Schulungs- und Trainingszentrum in Neustadt.

4. Die **Bundeswehrstandorte** in unserem Wahlkreis in **Eutin und Putlos/Oldenburger Bucht**, sowie bei der **Marine in Neustadt** haben mit den 2004 ca. 1.500 Soldaten und Beschäftigten die Umstrukturierungen unter dem damaligen **SPD-Verteidigungsminister Peter Struck** nicht nur ohne Arbeitsplatzabbau überstanden – nein, sowohl Putlos wie auch Eutin wachsen planmäßig massiv auf. Auch dieser Erfolg ist damals – in aller Bescheidenheit – „nicht vom Himmel gefallen“. So wie ich 2004 und 2005 zweimal Peter Struck und außerdem seinen damaligen Staatssekretär Walter Kolbow zu Ortsterminen nach Eutin und Neustadt brachte, so habe ich auch **2007 und 2008** mit dem **Wehrbeauftragten Reinhold Robbe** und dem „Haushälter“ für das **Verteidigungsministerium MdB Johannes Kahrs** einflussreiche Kollegen in die Standorte geholt, um Rieseninvestitionen in die Küchen und Mannschaftsgebäude in Neustadt und Eutin nicht nur „loszueisen“, sondern die dringenden Fertigstellungen massiv zu beschleunigen. Es hat entgegen aller „Unkenrufe“ geklappt: die Küche in der Rettberg-Kaserne wurde nach 7(!)jähriger Odyssee im Oktober 2008 eingeweiht und auch am Wiecksberg in Neustadt kommen die Dinge voran. Jetzt arbeiten wir noch gemeinsam daran, das Eutiner Offizierskasino vor dem Verkauf zu „retten“.
5. **Speedbootlärm in der Neustädter Bucht** bewegte **seit 2005** den SPD-Ortsverein Timmendorfer Strand und eine Bürgerinitiative – zusammen sammelten sie Unterschriften gegen die Lärmbelästigung bei Anwohnern und Urlaubern. Im **Sommer 2006** holte ich die zuständige **Staatssekretärin im Verkehrsministerium, MdB Karin**

Roth, zu einem Gespräch mit Bürgermeistern, Vertretern der Tourismusbranche und der Bürgerinitiative nach Ostholstein, um die verschiedenen Interessen auszuloten.



Vor dem Verkehrsministerium in Berlin -
Unterschriftenübergabe im Oktober 2007.

Ergebnis und erster Schritt in die richtige Richtung war eine **Verordnung zur Festlegung einer 2km-Zone (statt 500 m) entlang der Bucht, in der Motorboote nur 15 km/h fahren dürfen und die zum 1. Januar 2007 Rechtskraft erhielt.** Im

November 2006 übergab ich mit Kay Kastner und Jochen Becker vom SPD-

Ortsverein Timmendorfer Strand ca. **3000 Protestunterschriften im Berliner Verkehrsministerium**, und im **Oktober 2007** trafen MdB Gabriele Hiller-Ohm aus Lübeck und ich dann mit Vertretern von Umwelt- und Verkehrsministerium sowie mit Vertretern der Bürgerinitiative aus Ostholstein in Berlin zusammen, um weitere Schritte zum **wirksamen Lärmschutz** auszuloten. Ergebnis: die jetzt mit allen Beteiligten abgestimmte "**Verordnung über das Verbot des Befahrens der Neustädter Bucht mit bestimmten Fahrzeugen**" ist fertig und **tritt im April 2009 pünktlich zur neuen Wassersportsaison in Kraft.** Kern dieser Verordnung ist ein für ausgewiesene Bereiche der Bucht geltendes Fahrverbot für Boote, die lauter als 75 Dezibel sind. Dieses Verbot kann durch technische Umrüstung der Boote vermieden werden. Die Verordnung stellt eine mit vertretbarem Aufwand verbundene und für alle Beteiligten akzeptable Lösung dar und ist ein gemeinsamer **Erfolg für die Lebens- und Urlaubsqualität unserer Strände.**

6. Schon im Wahlkampf 2002 thematisierte ich gemeinsam mit Claus Möller den dringend erforderlichen Ausbau der 110-KV-Trasse von Göhl nach Lübeck, um den erneuerbaren Energien langfristig den durch das Energieeinspeisegesetz (EEG) gesetzlich gesicherten Zugang zu den Netzen zu gewährleisten – schon 2002 forderten wir gemeinsam dafür die **Erdverkabelung**, doch E.on „mauert“ seit Jahren. In Schleswig-Holstein produzieren wir inzwischen fast 40 Prozent unseres Strombedarfes durch Windkraft, die Windmüller sind in strukturschwacher Region millionenschwere Gewerbesteuerzahler. Aber immer öfter müssen Windkraftanlagen bei gutem Wind abgeschaltet werden, weil die veralteten Netze von E.on diese umweltfreundliche Energie nicht aufnehmen – ein auch volkswirtschaftlich unhaltbarer Zustand, den in unserem Land allein E.on-Netz mit seiner Blockade im Interesse der

Atomkraftwerke zu verantworten hat. Wenn aber die Windmüller ihre Anlagen wegen Netzengpässen abschalten müssen, dann brechen auch in den Gemeinden die Gewerbesteuern ein. Es ist darum nicht nur im Interesse des Klima- und Landschaftsschutzes, sondern auch im Interesse der Kommunen in Ostholstein, wenn E.on die 110-KV-Trasse Göhl-Lübeck endlich mit Erdkabeln baut. In Berlin habe ich als stellv. Vorsitzende der AG Kommunalpolitik erfolgreich für gesetzliche Regelungen für Erdkabel gekämpft: das „Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetz“ **2006** sieht eine **gesetzliche Regelung** insbesondere **für die drei 110-KV-Trassen in Schleswig-Holstein** vor, die wir im Sommer 2008 im „Energieleitungsausbaugesetz“ konkretisiert haben, weil E.on und die drei anderen Energiemultis die Regelung von 2006 seitdem juristisch boykottieren – beide Gesetze wurden mit der Unterstützung von Umweltminister Gabriel und gegen den Widerstand von Wirtschaftsminister Glos und der CDU auf den Weg gebracht. Dass leider auch das Kieler CDU-Wirtschaftsministerium die Erdkabelpassagen im Gesetz gerne verhindert hätte, wurde erst Anfang September 2008 im Wirtschaftsausschuss des Bundesrates deutlich: es sorgte für eine knappe 7:5 Mehrheit GEGEN die Erdkabel, die erst durch die massive Intervention der SPD in Bund und Land gewendet werden konnte – der Bundesrat stimmte dem Gesetz am 19.9.08 mehrheitlich endlich zu. Erdkabel sind ein sperriges und kompliziertes Thema, das aber massiv die Interessen unserer Region berührt und die Energiemultis „auf den Plan ruft“. In **Veranstaltungen in Oldenburg und Lensahn habe ich 2005 und 2007** zusammen mit dem Bundesverband der Windenergie die Öffentlichkeit und die Kommunalpolitiker in der Region immer wieder mit namhaften Experten über das Thema informiert und für die Notwendigkeit von Erdkabeln sensibilisiert. FÜR Erdkabel sprechen nicht nur Umwelt- und Landschaftsschutzgründe, sondern auch die Interessen des Tourismus und der notwendige **schnelle Ausbau des 110-kV-Netzes an den Küsten**.

7. „Dauerbrenner“ für mich als Ostholsteinerin – aber auch als Haushälterin im Bundestag – sind seit Beginn meiner Arbeit in Berlin die – inhaltlich eng verknüpften - Themen „**Scandlines**“ und "**Feste Beltquerung**". Ich bin seit Jahren mit dem Betriebsrat von Scandlines - knapp 700 Arbeitsplätze allein auf Fehmarn hängen davon ab - fest „verdrahtet“. Die Privatisierungspläne von Scandlines habe ich sehr eng verfolgt, denn die Deutsche Bahn AG war mit 50



Fährbahnhof in Puttgarden am 24.08.07.

Prozent Anteilseigner. Der **Verkauf von Scandlines** im Sommer 2007 wurde vertraglich für die Beschäftigten gut abgesichert und erfolgte an das „Wunschkonsortium“. Der erzielte Preis von 1,5 Mrd. Euro lag 2 – 3 Mal so hoch wie noch 2 Jahre zuvor kalkuliert – ein Indiz dafür, dass Scandlines noch viele Jahre gute Gewinne einzufahren gedenkt ... und folglich NICHT an die schnelle Realisierung der Beltquerung glaubt. Da das Unternehmen jetzt kein quasi dänisch-deutscher Staatsbetrieb mehr ist, kann niemand vorschreiben, dass die **lukrativste Fährroute Puttgarden-Rødby** mit nahezu 100 Mio. Euro Gewinn pro Jahr nach der beabsichtigten Brückeneröffnung eingestellt wird. Damit allerdings fallen die bisher schon viel zu optimistischen Verkehrsprognosen auf einer möglichen Beltbrücke zusammen wie ein Kartenhaus – und mit ihnen die völlig unrealistischen Mautkalkulationen für den dänischen Steuerzahler. Ich bin und bleibe ein „Fan“ des Fährverkehrs – und eine Kämpferin für die vielen hundert Arbeitsplätze und für moderne, leistungsstarke Schiffe auf der Ostsee.

8. Ich engagiere mich weiterhin **GEGEN den Bau einer festen Fehmarn Beltquerung** in Berlin, und tue dies aus tiefster Überzeugung im Interesse unserer Region. Solange das parlamentarische Verfahren in Bundestag, Bundesrat und im Folketing nicht abgeschlossen ist, ist nichts entschieden – wer anderes behauptet, missachtet die demokratisch gewählten und zuständigen Parlamente in Deutschland und Dänemark. Angesichts von 70 geplanten Brückenpfeilern bei einer Beltbrücke und explodierendem Schiffsverkehr im Fehmarnbelt vor allem durch Einhüllen-Öltanker aus Kaliningrad sehe ich vorrangig eine nicht zu verantwortende Kollisionsgefahr mit dramatischen Folgen nicht nur für die Ökosysteme in der Ostsee und an den Stränden sondern auch für den Tourismus an unseren Küsten. Auf die haushaltspolitischen Risiken für beide Staaten durch explodierende Rohstoffpreise, veraltete Kostenkalkulationen und unsolide Verkehrsprognosen habe ich vielfach öffentlich hingewiesen. Am **03.09.08** wurde zwar ein **Entwurf des Staatsvertrages** in Kopenhagen unterzeichnet – der aber erst 2009 in den Ausschüssen des Bundestages diskutiert wird. Die Menschen in Ostholstein können sich darauf verlassen, dass ich mich weiterhin in ihrem Sinn sehr aktiv am politischen Prozess beteiligen werde. Schon in der Vergangenheit hatte ich viele namhafte Experten deswegen in den Wahlkreis eingeladen, u.a.:
- **24.08.07 auf Fehmarn:** Diskussionsveranstaltung zur Festen Beltquerung mit **MdB Klaas Hübner**, Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion für Verkehr
 - **4.10.07 in Heiligenhafen:** Veranstaltung zum Thema "**Verkehrssicherheit auf der Ostsee**" mit der "Lotsin" der SPD-Küstengang und Verkehrspolitikern **MdB**

Dr. Margrit Wetzel und dem leider kürzlich verstorbenen **MdEP Willi Piecyk**, Verkehrsexperte im Europäischen Parlament, sowie namhaften Experten des Nautischen Vereins und des Havariekommandos

- **14.04.08: Besuch bei Scandlines in Puttgarden** von **Annette Faße**, tourismuspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, und **MdB Gabi Hiller-Ohm**, Lübecker Mitglied im Tourismusausschuss



Gesprächstermin mit Verkehrsminister Tiefensee am 23.09.08 in Berlin.

Und auch in Berlin führe ich weiterhin intensive Gespräche. So habe ich am **23.09.08** für fünf Fehmarnaner Genossen unter „Führung von Poppi“ einen Gesprächstermin mit **Verkehrsminister Tiefensee** organisiert, bei dem wir Ostholsteiner wichtige Informationen erhielten und erste „Pflöcke“ für die Interessen der Region einschlugen. Auch ein Termin mit der

parlamentarischen Staatssekretärin **Astrid Klug** im **Umweltministerium** ist „in der Pipeline“. Für den Wahlkreis sind Besuche von **Hans-Joachim Hacker** - im Verkehrsausschuss zuständig für die Beltquerung - und **Uwe Karl Beckmeyer** – Vorsitzender der SPD-AG Verkehr und ehemaliger Senator für Häfen und Schifffahrt - geplant. Auch Minister **Tiefensee** hat sein Kommen für 2009 in Aussicht gestellt.

9. 20 Jahre aktive Kommunalpolitik in der Bungsbergregion haben mich geprägt: natürlich kümmere ich mich in Berlin und im SPD-Landesverband insbesondere um die **Interessen des ländlichen Raumes**. In Schleswig-Holstein leben über 40% der Bevölkerung in Kommunen mit bis zu 10.000 Einwohnern, fast ein Viertel aller Menschen wohnen in Gemeinden von höchstens 2.000 Einwohnern – auch Ostholstein und Nordstormarn sind Flächenkreise mit teils ähnlichen Strukturproblemen. Knapper werdende öffentliche Finanzmittel und sinkende Bevölkerungszahlen machen es schwierig, die Wohnqualität auf den Dörfern im gewohnten Umfang zu erhalten - Kindergärten und Schulen, Vereine, Verbände und ihre ehrenamtlich Aktiven leiden unter Nachwuchssorgen. Da die demographische Entwicklung sich in städtischen und ländlichen Gebieten mit unterschiedlicher Dynamik entwickelt, bedarf die Entwicklung der ländlichen Räume mit ihrer gefährdeten Infrastruktur auch künftig einer besonderen Förderung. Deshalb habe ich für den Landesvorstand im Herbst 2007 ein mehrseitiges Papier „**Die Zukunft wächst auf dem Land!**“ entwickelt, das allen Ortsvereinen insbesondere zur Unterstützung für den Kommunalwahlkampf zur Verfügung stand und steht. In Ostholstein habe ich

dazu in **Hansühn, Puttgarden, Heringsdorf und Riepsdorf mit den Ortsvereinen Veranstaltungen** durchgeführt, die eine gute Medienpräsenz fanden. Auch in Nordstorf würde ich solche Diskussionsabende bei Interesse gerne durchführen. Mit meiner Unterstützung haben Akteure aus Kommunen und Verbänden der **ehemaligen Leader+-Region Schwentine** sich mit Erfolg um ein neues Programm beworben, das mit erheblichen Bundesmitteln des Landwirtschafts- und Verbraucherschutzministeriums ausgestattet ist. „**Ganztags leicht(er)leben**“ – die Ziele dieses Wettbewerbes hatte die damalige **Verbraucherschutzministerin Renate Künast** am 17. September **2004** auf einer Veranstaltung mit mir in Stockelsdorf vorgestellt. Der **Aktionsplan „Holsteinische Schweiz“** hat sich dann mit seinem Programm „**Besser Essen - mehr Bewegen**“ als einer von **24 Gewinnern bundesweit** im Wettbewerb bewährt und wird seit **April 2007 bis Dezember 2009 mit insgesamt 500.000 Euro aus Berlin gefördert**. Aus diesem Anlass habe ich auch mit meiner Bundestagskollegin **MdB Mechthild Rawert**, die im Landwirtschaftsausschuss federführend für dieses Projekt zuständig ist, das **Haus der Familie in Ahrensböök** und die **Landessportschule in Bad Malente** als Akteure des Projektes im April 2008 besucht. In den Kreisen Ostholstein und Plön profitieren von diesem Projekt jeweils vier ausgewählte Ganztagschulen und Kindergärten u.a. an den Standorten: **Ahrensböök, Pönitz und Bad Malente**.

Seitdem ich in Berlin im Haushaltsausschuss bin, kämpfe ich mit Erfolg für den Erhalt der sog. **GA-Mittel – ein bewährtes Förderinstrument im ländlichen Raum**, das aber in Zeiten der „Clusterbildung“ immer wieder als angeblich ineffizient auf den „Streichlisten“ steht. In unserem Wahlkreis wurden aus diesem „Topf“ u.a. fast alle Gewerbegebiete, aber auch Promenaden- und Brückenausbauten an der Küste finanziert. Der Bund vergibt dabei für wichtige **wirtschaftliche Infrastrukturmaßnahmen** in strukturschwachen Regionen diese **GA-Mittel über die Länder**, von denen zwar überwiegend die östlichen profitieren – aber auch unsere Region erhält (über das Land) Förderung aus diesem „Topf“. Bereits 2003 haben wir im Haushaltsausschuss die Verpflichtungsermächtigungen für die **GA-Mittel West** fortgeschrieben – und so verhindert, dass von 2005 bis 2007 ausschließlich die östlichen Bundesländer zur Förderkulisse gehörten. Stattdessen haben wir erreicht, dass auch die strukturschwachen Regionen in Westdeutschland 100 Mio. Euro für 2005-2007 einplanen konnten und Planungssicherheit für die kommenden Jahre hatten. Im Jahr 2006 wurden die GA-Mittel zur "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" von uns um weitere 50 Mio. Euro aufgestockt, ebenso 2007. Dass der Westen bei infrastruktureller Förderung nicht zugunsten des Ostens „abgehängt“ wird, bleibt auch künftig mein Thema.

10. Für Nordstormarn und den ländlichen Raum war es besonders wichtig, dass ich in Berlin erfolgreich für das **Institut für Ökolandbau in Trenthorst** mit 80 Mitarbeitern kämpfen konnte, das von Schließung bedroht war. Dieses war ein Riesenerfolg, weil es bei der Strukturreform der Ressortforschungsinstitute im Landwirtschaftsministerium von Horst Seehofer (CSU) das einzige Institut bundesweit war, das im Parlament abweichend von den Ministerplänen gerettet werden konnte. Geholfen hat bei dieser Aktion enorm der Widerstand der Institutsmitarbeiter und des Fördervereins mit unserem Ex-MdL Friedrich-Carl Wodarz an der Spitze. Als Sozialdemokraten ist uns nicht nur die Rettung der 80 Arbeitsplätze in unserer Region wichtig gewesen, sondern auch die unter Rot-Grün erst vollzogene inhaltliche Ausrichtung des Instituts auf den Ökolandbau, die der CSU-Minister stoppen wollte. Mit der positiven Entscheidung für Trenthorst gibt es jetzt eine langfristige Standortsicherheit für die Forschung dort und für die Arbeitsplätze in Stormarn.



Haben für den Erhalt des Öko-Instituts Trenthorst gekämpft: MdL Konrad Nabel, Staatssekretär Franz Thönnies, Bettina Hagedorn, Gerold Rahmann (Institutleiter), ehem. MdL Friedrich-Carl Wodarz und Kurt Weirauch (Personalrat).

V. Förderung von jungen Menschen

1. Junge Menschen zu fördern ist für mich eine Herzensangelegenheit – als Mutter von drei Söhnen im Alter zwischen 24 und 29 Jahren, die alle als Facharbeiter ihren Weg gehen – ist das sicher leicht nachvollziehbar. Schon beim Ganztagschulprogramm für Ostholstein und Nordstormarn standen die **Haupt-, Real- und Förderschulen** im Mittelpunkt meiner Bemühungen - gerade diese Schulformen und ihre engagierten Lehrer bedürfen der besonderen Anerkennung, Unterstützung und Motivationsförderung. Insofern habe ich seit Jahren den an einer Hauptschule in Bad Malente „erfundenen“ Wettbewerb der „Ecopolicyade“ auf seinem Erfolgsweg auf Landesebene begleitet. Jetzt habe ich ab 2008 die dauerhafte Etablierung dieses Wettbewerbes auf Bundesebene finanziell abgesichert: die **Bundeszentrale für politische Bildung**, deren Kuratoriumsmitglied ich bin, erhält **auf Dauer 200.000 Euro jährlich** für die **bundesweite Einführung** der in Schleswig-Holstein schon überaus erfolgreichen **Ecopolicyade** – damit wird das Computersimulationsspiel um die Zusammenhänge von guter Umwelt- und Wirtschaftspolitik bzw. nachhaltiger Staatsführung an Schulen in der ganzen Bundesrepublik mit Fortbildungsangeboten

für die Lehrer eingeführt und ab Frühjahr 2009 der Abschlusswettbewerb der Ecopolicyade in Berlin gestartet – eine zusätzliche Motivation auch gerade für die siegreichen Schülerteams aus Schleswig-Holstein.

2. Seit 2002 bin ich Patin **des Parlamentarischen-Partnerschafts-Programms** mit den USA, das jedes Jahr 350 Jugendlichen aus allen Wahlkreisen in Deutschland die Chance auf einen einjährigen Aufenthalt in Amerika gibt, der durch den Deutschen Bundestag finanziert wird. Bisher konnte ich sieben Jugendlichen aus Ostholstein den



Für ein Jahr in die USA – René Portier aus Röbel und Alena Herlitz aus Griebel.

einjährigen Aufenthalt in Amerika ermöglichen. 2003 brach Sarah Derichs aus Eutin nach Illinois auf, 2004 Miriam Niehaus aus Bad Schwartau nach Ithaka im Staat New York und 2005 Sarah Liefke - ebenfalls aus Bad Schwartau. Im Jahr 2006 waren dann endlich auch einmal die Jungs dran: ich konnte gleich zwei Stipendiaten aus meinem Wahlkreis ein

„Ticket in die USA“ verschaffen - dem frisch ausgelernten KFZ-Mechaniker Tim Andresen aus Eutin und dem Schüler Marcus Brandt aus Sereetz. Im Sommer 2007 konnte René Portier aus Röbel seine Koffer packen und nach Kalifornien starten – 2008 brach Alena Herlitz aus Eutin für ihren Aufenthalt im Bundesstaat New York auf. Im Sommer 2009 hoffe ich erneut zwei Stipendiaten schicken zu können – falls auch junge Berufstätige sich dieses Mal wieder erfolgreich beworben haben sollten.

3. Seit 2006 fördere ich jedes Jahr junge Menschen bei ihrem **Freiwilligen Sozialen Dienst** im Ausland. 2006 brach **Nicolas Oxen aus Süssau** für „Aktion Sühnezeichen“ für ein Jahr in die Bretagne nach Frankreich auf. 2007 startete **Valentin Gube aus Lensahn** nach Kilifi in Kenia, wo er seinen Zivildienst in dem Waisenhaus Saida kwa Moyo (Hilfe mit Herz) ableistete und darüber bei seiner Rückkehr im Sommer 2008 mir und der Presse Beeindruckendes berichten konnte. **Martin Zecher aus Lensahn** absolviert seit September 2008 sein Freiwilliges Soziales Jahr in Padua in Italien, wo er Studenten mit Behinderungen 12 Monate bei den täglichen Herausforderungen im Studium unterstützen wird. Von **2002 bis 2005** habe ich als **zuständige**



Valentin Grube (li.) und Martin Zecher (re.), die beide ihren Freiwilligendienst im Ausland ableisten werden.

Hauptberichterstatlerin für das Familienministerium im Haushaltsausschuss, aus dessen Etat das Freiwillige Soziale Jahr und Freiwillige Ökologische Jahr ebenso wie der Zivildienst finanziert werden, erfolgreich für die ständige Erhöhung der Haushaltsmittel gewirkt. Seit 2002 wurden bundesweit die Platzzahlen für das Freiwillige Soziale und Ökologische Jahr (FSJ/FÖJ) von ca. 13.000 auf knapp 18.700 2008 erhöht – rechnet man noch diejenigen dazu, die den Dienst als Zivildienstleistende absolvieren, stiegen die Zahlen sogar von **15.350 2003 auf gut 24.300 junge Menschen bundesweit 2008**. Schleswig-Holstein hatte seit Mitte der 90er Jahre in der Republik eine Spitzenposition im Hinblick auf das **Freiwillige Ökologische Jahr** – seit die CDU mit Christian von Boetticher den Umweltminister in Kiel stellt, ist es damit leider vorbei: bereits 2007 wurden die Landeszuschüsse um 21 Prozent gekürzt, 2009 plant er weitere Einschnitte – die FÖJ-Zahlen stagnieren in Schleswig-Holstein seit 2004, obwohl die Bundesmittel ständig steigen. Das mangelnde Engagement von Böttichers für das Freiwillige Ökologische Jahr ist nicht nachvollziehbar – die 150 FÖJler landesweit leisten seit 1 ½ Jahrzehnten in Schleswig-Holstein einen wertvollen Beitrag direkt im Umwelt- und Naturschutz ebenso wie in der kompetenten Betreuung von wissensdurstigen Schulklassen und Touristen. Gerade an der Ostseeküste sind interessierten Gästen im **Umwelthaus in Neustadt** und im Besucherzentrum des **Vogelreservats Wallnau auf Fehmarn** die jungen Aktiven vertraut.

Mit einem weiteren Programm zur Förderung junger Menschen hatte die SPD-Bundestagsfraktion Erfolg: **Seit 2008** hat das **SPD-geführte Entwicklungsministerium** ein mit **70 Mio. Euro pro Jahr** ausgestattetes Programm mit dem schönen Namen „**Weltwärts ziehen**“ etabliert, das jungen Menschen ihre Mitarbeit und einen Aufenthalt in Entwicklungshilfeprojekten ermöglichen soll – dieses Programm richtet sich nicht nur an Studenten, sondern vorrangig an junge Berufstätige.

4. Beteiligungsprojekte für junge Menschen in der Politik habe ich schon von 1998 bis 2000 als Bürgermeisterin in der Bungsbergregion initiiert – dieser Linie bleibe ich treu. Beim spannenden einwöchigen Partizipationsworkshop im Bundestag „**Jugend im Parlament**“ nahm 2004 **Boia Zimmermann aus Zarpen** teil – im Juni 2007 und 2008 war **Hendrik Schmidt aus Reinfeld** dabei. Im Dezember 2006 konnte ich **Katharina Langbehn aus Lensahn** zum **Jugendmedienworkshop** eine Woche in den Bundestag einladen, weil sie sich im Wettbewerb bundesweit mit 40 anderen dafür qualifiziert hatte.

5. Ausbildung von jungen Menschen: Studenten, Volontäre und teilweise auch Schüler bewerben sich in großer Zahl um mehrwöchige Praktika in meinem Berliner Büro – Praktikantenplätze im Deutschen Bundestag sind „heiß begehrt“ und schwer zu kriegen. Überwiegend gebe ich diese Chance jungen Menschen aus meinem Wahlkreis. Bisher habe ich insgesamt 24 Praktikanten die Möglichkeit gegeben sich einen Eindruck von der Arbeit einer Bundestagsabgeordneten zu machen – sie kamen zum Beispiel in den letzten Jahren aus Oldenburg, Neustadt, Kellenhusen, Bosau, Eutin, Bad Schwartau und Lensahn. Magnus Bünning aus Eutin war 2007 so begeistert von seinem Praktikum, dass er jetzt als studentischer Mitarbeiter in meinem Berliner Büro ebenso wie Arne Pannen als gebürtiger Flensburger stundenweise fest eingestellt ist. Außerdem werden wird zurzeit von Sebastian Niehoff als gebürtigem Neustädter tatkräftig unterstützt.

6. Seit September 2004 ist es den Mitgliedern des Deutschen Bundestages möglich, zusammen mit anderen Trägern einen **Ausbildungsplatz für den Beruf Kaufmann/-frau für Bürokommunikation** anzubieten. Insgesamt werden zurzeit 45 Ausbildungsplätze von den Abgeordneten zur Verfügung gestellt - bei 612 Abgeordneten beschämend wenig! Abgeordnete, die schon zum zweiten Mal ausbilden, kann man mit der Lupe suchen – ich gehöre dazu. 28 Auszubildende lernen in SPD-Bundestagsbüros, sieben bei CDU/CSU-Abgeordneten, drei bei der FDP, nur zwei (!) bei den Linken und fünf bei den Kollegen der Bündnis/Grünen 90.



Unterzeichnung des Ausbildungsvertrages mit
Hawa Öruc

Soviel zum Thema „Theorie und Praxis“ bei der so genannten Linkspartei. Nachdem Nadine Kadelka im Sommer 2007 erfolgreich ihre dreijährige Ausbildung trotz Doppelbelastung als junge Mutter in meinem Berliner Büro abgeschlossen hat, habe ich sie wunschgemäß mit einer halben Stelle fest übernommen. Sofort habe ich eine

neue Auszubildende engagiert – die heute 18jährige ehemalige Hauptschülerin Hawa Öruc aus Burg hat den „Sprung“ von der Insel in die Bundeshauptstadt gewagt und meistert ihre Ausbildung gut.

VI . Mein Mitarbeiter-Team – die „guten Geister“ in Berlin und Eutin

Ohne SIE könnte ich meine Wahlkreisarbeit ebenso wie die in Berlin nicht bewältigen: alle Mitarbeiter/innen – die meisten davon auf eigenen Wunsch in Teilzeit beschäftigt – bilden ein „eingespieltes Team“, in dem „die Chemie stimmt“ und wo durch ständige Fortbildungsbereitschaft mittlerweile eine große Professionalität bei der Erledigung der vielen Aufgaben erreicht wurde. Es gibt immer wieder Rückmeldungen von Menschen, die mit meinen Büros Kontakt haben, die für diese zuverlässige und engagierte Arbeit viel Anerkennung zollen – die Einsatzbereitschaft aller ist grandios, und ich sage dafür von Herzen „Danke“. Zwei meiner wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen in Berlin – Barbara Braun und Birgid Schreiber – haben sich erfolgreich auf attraktive Referentenstellen im Arbeits- und Sozial- bzw. im Finanzministerium beworben – ein Beweis dafür, dass die Arbeit in meinem Büro nicht gerade karrierefördernd ist. Ihre Arbeit wird seit Ende 2006 von **Jana Steinert** wahrgenommen, die zunächst als Schwangerschaftsvertretung für Birgid in mein Büro kam. **Gesine Wenzel** ist seit 2002 meine „Gute Fee“ im Berliner Büro – ebenso wie **Regina Voß** in Eutin. **Nadine Kadelka** steht Gesine auch bei der Ausbildung von **Hawa Öruc** in Berlin zur Seite, ebenso wie **Arne Pannen und Magnus Bünning** als studentische Hilfskräfte stundenweise Janas Arbeit verstärken. Im April 2008 schied Jenny Engel aus meinem Eutiner Büro endgültig aus – der Grund ist für mich ein besonders schöner: sie ist am 2. Juni Mutter einer kleinen Tochter geworden – zusammen mit meinem Sohn Klaas hat sie mir die erste Enkeltochter - Leni - geschenkt. Deshalb habe ich im März 2008 mit **Kirstin Winter** langfristig eine neue Mitarbeiterin in meinem Eutiner Büro eingestellt, die mit Regina Voß ein gutes Duo bildet. Ich freue mich auf die nächsten vier Jahre mit diesem Team!

Mir macht die Arbeit als Bundestagsabgeordnete trotz mancher Rückschläge und Frustrationen gerade in einer Großen Koalition – die natürlich auch dazu gehören - viel Freude. Parteiübergreifend spüre ich bei den Menschen in meinem Wahlkreis eine hohe Akzeptanz und werbe darum erneut für meine Kandidatur für die nächste Bundestagswahl um Ihre Unterstützung.

Herzlichst Ihre



Anhang

Bettina Hagedorn legt die Einnahmen und Ausgaben von 2006 offen

Das Jahr 2008 begann für die ostholsteinische SPD-Bundestagsabgeordnete Bettina Hagedorn damit, dass ihr der Steuerbescheid für das Jahr 2006 ins Haus flatterte – und einer bereits seit vielen Jahren geübten Tradition folgend veröffentlicht sie ihn jetzt, denn ihre Diätenbezüge und steuerlich wirksamen Ausgaben legt sie seit Beginn ihrer Abgeordnetenzeit im Oktober 2002 offen. Alle Angaben sind seitdem auf ihrer Homepage (www.bettina-hagedorn.de) unter dem Stichwort „Gläserne Abgeordnete“ nachzulesen. Nebeneinkünfte bezieht Bettina Hagedorn nicht. „Aufklärung und Transparenz sind für mich sowohl in den politischen Entscheidungen wie auch bei den Finanzen eine Selbstverständlichkeit und nach meiner Erfahrung das wirksamste Mittel gegen Politikverdrossenheit,“ so Hagedorn.

Ihre Einnahmen und steuerlich wirksamen Ausgaben sahen 2006 wie folgt aus: Sie erhielt im Jahr 83.877 Euro Diät – Diäten werden grundsätzlich brutto ausgezahlt. Darauf hat sie 21.890,33 Euro Einkommenssteuern und Solidaritätszuschlag gezahlt und 6.369,72 Euro Beiträge für die gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung entrichtet. Für die Alterssicherung zahlte sie 2006 in eine private Lebensversicherung 6.238,30 Euro ein, da Abgeordnete bis zur vor kurzem gesetzlich geänderten Diätenreform erst nach 8jähriger Zugehörigkeit zum Deutschen Bundestag eine zu versteuernde Pension ab dem 65. Lebensjahr erhielten. Berücksichtigt man diese Abzüge, dann verblieben 49.378,65 Euro oder 4.114,88 Euro netto monatlich.

Allerdings haben SPD-Abgeordnete weitere finanzielle Verpflichtungen – insbesondere zur Unterstützung der Partei. Zusätzlich erwartet die Öffentlichkeit auch ein erhöhtes karitatives Engagement. Verschiedene SPD-Gliederungen erhielten 2006 von Bettina Hagedorn Beiträge und Spenden in Höhe von 11.154,67 Euro, von denen natürlich nur 1.650 Euro steuerlich anrechenbar sind. Hagedorn: "In der SPD ist es üblich, dass Abgeordnete für den nächsten Wahlkampf Rücklagen bilden und monatlich größere Summen an SPD-Gliederungen spenden. So machen wir uns als Partei im Wahlkampf von privaten Spendern gerade aus der Wirtschaft

unabhängig." Darüber hinaus hat sie 1.405,64 Euro an gemeinnützige Vereine und Organisationen gespendet. Berücksichtigt man auch diese Ausgaben, dann blieben 2006 36.818,34 Euro verfügbar oder effektiv 3.068,19 Euro monatlich. Zusätzlich unterstützt Bettina Hagedorn mehr als 20 Vereine und Verbände in der Region durch ihre Mitgliedschaft.

Dass die Abgeordnete 2006 weniger Steuern zu zahlen hatte als in den Vorjahren – wie ein Vergleich mit den alten Zahlen verdeutlicht – hat nichts mit Steuersenkungen zu tun, sondern allein damit, dass ihre drei Söhne zwischen 22 und 27 Jahren 2006 alle drei in Ausbildungen waren, nachdem zwei von ihnen zuvor schon jahrelang im Arbeitsprozess gestanden hatten. Bettina Hagedorn ist seit 2001 geschieden und allein für den Unterhalt zuständig.

In Berlin hat Bettina Hagedorn stets für die 2005 noch von Rot-Grün beschlossene Offenlegung aller Nebeneinkünfte von Abgeordneten und für die Abschaffung der Privilegien bei der Altersversorgung gestritten und gegen die ab 1. Januar 2008 geltende Erhöhung der Abgeordnetendiäten gestimmt, weil diese – aus ihrer Sicht – bei der Altersversorgung überfällige Einschnitte nur halbherzig verwirklicht hat. Bettina Hagedorn ärgert sich darum besonders über Negativbeispiele unter den Abgeordneten, die zwar die Diäten in gleicher Höhe erhalten, aber nicht die dafür erforderliche Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger im Parlament leisten, weil dadurch leider stets das öffentliche Ansehen aller Abgeordneten in Misskredit gebracht wird. Dazu zählt sie namentlich nicht nur den zuletzt in die Schlagzeilen geratenen CDU-Abgeordneten von Bismarck aus dem Wahlkreis Lauenburg/Stormarn, der in über zwei Jahren kaum in Berlin präsent war, sondern auch den CDU-Abgeordneten Friedrich Merz, der in mindestens elf verschiedenen Vorständen und Aufsichtsräten tätig ist und sein Mandat in Berlin höchstens als Nebenjob wahrnimmt – von Interessenkonflikten ganz zu schweigen.

Die Abgeordnete weiß hingegen, dass bei gewissenhafter Arbeit im Sinne des Mandats keine Zeit für Nebentätigkeiten bleibt: „Die Interessen der Bürgerinnen und Bürger in Berlin und im Wahlkreis zu vertreten ist mehr als ein Fulltime-Job. Die Wählerinnen und Wähler sollten sich selbst ein Bild machen, ob Mandat und Nebentätigkeit nicht möglicherweise zu Interessenkonflikten zu Lasten der unabhängigen Arbeit im Bundestag führen, nachdem die Offenlegungspflicht jetzt umgesetzt werden muss. Die

Politik kann nur Glaubwürdigkeit erlangen, wenn es bei allen Tätigkeiten und Einkünften von Abgeordneten absolute Offenheit gibt.“



Glückwünsche zum fertigen Schulneubau der IGS Ratekau am 19.08.08.



Oktober 2007: lockere Stimmung auf dem Hamburger Parteiabend.



28.05.08: Betriebsrätekonferenz in Berlin.



Erfolgreich im Kampf für den Rechtsanspruch auf Eltern-Kind-Kuren: Grömitz 23.08.07



„Besser essen mehr bewegen“: Haus der Familie in Ahrensböök am 18. April 2008.



Mein Team in Eutin: Regina Voß und Kirstin Winter.



Mein Team in Berlin: Arne Pannen und Hawa Öruc, die Auszubildende (li. Bild), sowie Magnus Bünning, Nadine Kadelka, Gesine Wenzel und Jana Steinert.

